



**ENTLASTUNG.
GERECHTIGKEIT.
SOZIALE
SICHERHEIT.**

STAATSBÜRGERGELD

VORSCHLAG FÜR EIN MODERNES STEUER- UND SOZIALSYSTEM

„Wir wollen Deutschland reformieren. Das geht nicht ohne eine umfassende Reform des Steuerrechts. Wir treten für ein einfacheres und gerechteres Steuersystem ein, das mit niedrigen Steuern vor allem Mittel- und Geringverdiener finanziell entlastet.

[...]

Wer arbeitet, wird auf jeden Fall mehr Geld zur Verfügung haben als derjenige, der nicht arbeitet, aber arbeitsfähig ist (Lohnabstandsgebot). Missbrauchsmöglichkeiten sind auszuschließen.

[...]

Leitbild für uns ist die Familie. Wir wollen die derzeitigen finanziellen Nachteile von Familien mit Kindern gegenüber Kinderlosen korrigieren.

[...]

Der Staat ist für den Bürger da, nicht der Bürger für den Staat. Nur ein schlanker Staat kann daher ein guter Staat sein. Erforderlich ist ein vom Staat garantierter Ordnungsrahmen, in dem sich die Bürger frei entfalten können.“

Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland

| Vorwort

Deutschland erlebt tiefgreifende ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen. Demografischer Wandel, Agenda 2010, Prekarisierung der Arbeit, Kinder- und Altersarmut, soziale Spaltung, Abstiegsängste sowie Digitalisierung und Wandel der Arbeitswelt sind immer wiederkehrende Begriffe, die diese Entwicklung begleiten. Aussagen über die künftige Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme scheinen kaum noch möglich. Politik, Wissenschaft und Wirtschaft suchen mehr oder weniger erfolglos nach Lösungen.



In dieser Situation polarisiert keine Idee so sehr, wie die eines Grundeinkommens. Das hier vorgestellte Staatsbürgergeld ist eine spezifische Variante des Grundeinkommens, das in Form einer negativen Einkommensteuer direkt an den Bürger ausgezahlt wird. Es ist ein modernes Steuer- und Sozialsystem mit überwältigenden Vorteilen gegenüber dem heutigen System. Das Steuersystem beim Staatsbürgergeldmodell ist nicht nur einfach, gerecht und transparent, sondern führt auch zu einer deutlichen Einkommensenlastung bei geringen und mittleren Einkommen. Mehr Netto vom Brutto ist kein leeres Versprechen mehr. Vor allem Familien werden finanziell deutlich besser gestellt. Auf der Ausgabenseite werden viele der heute mehr als 150 Sozialleistungen zusammengefasst, wodurch der Sozialstaat übersichtlicher, schlanker, effizienter und günstiger wird. Möglichkeiten für Sozialleistungsbetrug werden reduziert. Hartz IV wird abgeschafft. Stattdessen werden deutlich mehr Anreize zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit geschaffen. Arbeit und Leistung lohnen sich wieder. Vor allem in Zeiten von Digitalisierung und Automatisierung bringt das Modell mehr soziale Sicherheit. Auch für Menschen am Ende eines Erwerbslebens hat das Staatsbürgergeld einen Mehrwert, indem es ohne Gang zum Sozialamt und bürokratische Hürden die Existenz im Alter sichert.

Das Staatsbürgergeldmodell ist nicht nur finanzierbar, sondern steht fest auf dem Boden der Sozialen Marktwirtschaft, jener Wirtschafts- und Sozialordnung, die heute - wie auch bereits in der Vergangenheit - die Grundlage für den ökonomischen Erfolg der Bundesrepublik Deutschland ist und die Dank eines Wohlstandsversprechens die Stabilität des demokratischen Gemeinwesens in Deutschland garantiert. Der deutsche Sozialstaat ist eine zivilisatorische Errungenschaft und er soll auch mit Blick auf den sozialen Frieden dauerhaft erhalten bleiben.

Die vorliegende Broschüre will die Zukunftschancen von alternativen Sozialstaatsmodellen ins Bewusstsein rücken. Dabei müssen Ansätze wie Grundeinkommen, negative Einkommensteuer und Staatsbürgergeld auf den Prüfstand, ohne jedoch die Risiken zu ignorieren. Deshalb gibt es hier auch kein Plädoyer für die Einführung solcher Modelle. Ich will vielmehr dazu ermutigen, Pilotprojekte durchzuführen, um Grundeinkommensmodelle erproben und bewerten zu können.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und freue mich auf die Debatte.



Ihr René Springer

Mitglied des Bundestages

Impressum


1. Auflage | Februar 2020

Herausgeber:

René Springer, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: info@staatsbuergergeld.de

Web: www.staatsbuergergeld.de



| Inhaltsverzeichnis

| | |
|----------------------------------------------------|----|
| Bestandsaufnahme..... | 5 |
| Staatsbürgergeld als neues Sozialstaatsmodell..... | 8 |
| Finanzierung..... | 11 |
| Wirkungen und Chancen..... | 13 |
| Häufig gestellte Fragen..... | 15 |
| Politische Forderungen..... | 17 |
| Quellennachweis..... | 18 |

Die Digitalisierung ersetzt Arbeitsplätze

Schon heute arbeitet ein Viertel aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten (7,9 Millionen) in Berufen, in denen mindestens 70 Prozent der anfallenden Tätigkeiten von Computern oder computergesteuerten Maschinen erledigt werden könnten.¹ In den nächsten 20 Jahren könnten 18,3 Millionen Arbeitsplätze durch neue Technologien wegfallen. Im Gegensatz zu früheren Entwicklungen trifft es zukünftig vor allem die Dienstleistungsberufe. Besonders groß ist das Risiko für Bürokräfte, Post- und Zustelldienste, Verkäufer, Hilfskräfte in der Reinigung und Gastronomieservicekräfte, aber auch Mechaniker und Maschinenbediener.² Selbst wenn im Zuge der Digitalisierung neue Arbeitsplätze entstehen, werden die alten Qualifikationsprofile oft nicht ausreichen, um die neuen Anforderungen zu erfüllen. Die Ängste vor einem Job- und Bedeutungsverlust nehmen daher immer weiter zu.

Die Digitalisierung gefährdet die Finanzierung des Sozialstaats

Der Trend der Digitalisierung und Automatisierung ist eindeutig. Menschen tragen zukünftig immer weniger zur Wertschöpfung bei, während immer mehr Arbeit von Maschinen und Software verrichtet wird.³ Damit setzt sich ein Trend fort, der bereits Jahrzehnte andauert. So ist in Deutschland die Zahl der pro Kopf und Jahr geleisteten Arbeitsstunden seit 1960 um 38 Prozent gesunken.⁴ Für menschliche Arbeit müssen Arbeitslohn und Sozialversicherungsbeiträge entrichtet werden. Für Software, Roboter und Maschinen, die menschliche Tätigkeiten ersetzen, gilt das hingegen nicht. Eine nachhaltige Finanzierung des Sozialstaats ist unter diesen Bedingungen kaum mehr möglich.

Die Digitalisierung erhöht den beruflichen Anpassungsdruck

Durch die Digitalisierung verlieren alte Berufe an Bedeutung und neue Berufe entstehen. Arbeitnehmer müssen sich darauf einstellen, dass die Erstausbildung immer seltener für ein gesamtes Erwerbsleben ausreicht und dass sie immer häufiger mit ungewohnten Aufgaben und neuen Rollen konfrontiert sind. Das heutige Sozialstaatsmodell schafft kaum Freiräume und Sicherheiten, um durch Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen mit den veränderten Anforderungen des Arbeitsmarktes schritthalten zu können. Untersuchungen zeigen, dass der Weiterbildungstrend sogar gegenläufig ist. So ist der Anteil der Deutschen an Weiterbildungen seit 2012 gesunken. Am niedrigsten ist die Weiterbildungsbeteiligung bei Geringqualifizierten.⁵

Familien und Alleinerziehende sind vermehrt armutsgefährdet

Studien zur Einkommenssituation von Familien zeigen, dass die Armutsrisikoquote von Familien nach neuesten Berechnungen knapp drei Prozentpunkte über den bisher ermittelten Werten liegt: Danach sind 13 Prozent der Paare mit einem Kind armutsgefährdet. Bei zwei Kindern sind es bereits 16 Prozent, bei drei Kindern sogar 18 Prozent. Kurzum: Mit jedem zusätzlichen Kind wird die finanzielle Lage von Familien schwieriger. Kinder sind in Deutschland ein Armutsrisiko. Besonders drastisch ist die Situation von Alleinerziehenden. Deren Armutsrisikoquote liegt bei 68 Prozent.⁶

Altersarmut breitet sich rasant aus

Rund 50 Prozent der Altersrentner erhalten gegenwärtig eine monatliche Rente von unter 800 Euro.⁷ Im Dezember 2017 bezogen rund 1,06 Millionen Menschen Grundsicherungsleistungen im Alter und bei Erwerbsminderung. Seit 2004 hat sich diese Zahl verdoppelt.⁸ Aufgrund der Zunahme atypischer Beschäftigungen, des weiter wachsenden Niedriglohnsektors sowie eines sinkenden Rentenniveaus wird die Zahl der Menschen in Altersarmut deutlich steigen.⁹ Für sie bleibt dann nur noch der oftmals erniedrigende Gang zum Sozialamt.



Hohe verdeckte Armut

Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) leben in Deutschland schätzungsweise 3 bis 5 Millionen Menschen in verdeckter Armut. Diese Menschen beantragen kein Hartz IV, obwohl sie aufgrund eines geringen Einkommens oder Vermögens Anspruch darauf hätten. Somit verzichten ungefähr 34 bis 44 Prozent der Anspruchsberechtigten auf staatliche Unterstützung, also mehr als ein Drittel aller Hilfebedürftigen. Wesentliche Gründe für die Nicht-Inanspruchnahme staatlicher Unterstützungsleistungen sind gemäß der IAB-Studie u. a. eine geringe Anspruchshöhe oder -dauer, die Kosten der Antragsstellung, eventuelle administrative Auflagen, Wertvorstellungen, Scham oder schlicht Unkenntnis über die Regularien.¹⁰

Prekarisierung der Arbeit

Ein lange zu beobachtender Trend ist die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses, das über Jahrzehnte das arbeitsmarktpolitische Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft war. Gemeint ist der Rückgang unbefristeter, sozial abgesicherter und tariflich entlohnter Vollzeitarbeit zu Gunsten einer ständig steigenden Zahl atypischer, prekärer, befristeter, Leih- und Teilzeitarbeitsverhältnisse.¹¹ Die Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 haben zu einem großen Niedriglohnsektor geführt, der mit Einkommensunsicherheit, einem Mangel an arbeits- und sozialrechtlichem Schutz, geringer Vorsorgemöglichkeiten sowie Unzufriedenheit wegen fehlender Perspektiven einhergeht. Prekäre Beschäftigung führt schließlich zu geringen Renten.¹²

Armutsfälle – Arbeit lohnt sich für Hartz IV-Empfänger kaum

Die Grundsicherung für Erwerbsfähige (Hartz IV) setzt die falschen Anreize. Abzüge von gegenwärtig bis zu 90 Prozent entwerteten Hinzuverdienste im Grundsicherungsbezug, wodurch die Arbeitsaufnahme für Leistungsbezieher unattraktiv wird. So bleiben beispielsweise von monatlich 900 Euro Hinzuverdienst bei Hartz IV nach allen Abzügen gerade einmal 260 Euro beim Hartz IV-Empfänger.¹³ Auch das Lohnabstandsgebot wird verletzt. Löhne und Sozialleistungen liegen oftmals nicht weit genug auseinander, sodass sich Arbeit für Geringverdiener kaum lohnt. Kurzum: Hartz IV hemmt die Arbeitsaufnahme und wirkt somit kontraproduktiv.

Hohe Belastung der Arbeitseinkommen durch Steuern und Sozialabgaben

Die Belastung durchschnittlicher Bruttoarbeitseinkommen mit Steuern und Abgaben in Deutschland lag 2017 mit 39,9 Prozent deutlich über dem Durchschnitt der OECD-Länder von 25,5 Prozent. Gemäß der OECD-Studie Taxing Wages 2018 lag bei der Abgabenquote nur noch Belgien mit 40,5 Prozent vor Deutschland. Nicht minder heftig fällt die Abgabenquote für alleinstehende Durchschnittsverdiener ohne Kinder aus. Diese lag 2017 im OECD-Schnitt bei 35,9 Prozent, hierzulande allerdings bei ganzen 49,7 Prozent.¹⁴ Immer mehr Menschen fühlen sich durch die hohe Steuer- und Abgabenlast vom Staat geschröpft.

Landflucht und Heimatverlust durch Rückgang der Wirtschaft

Immer mehr Menschen verlassen den ländlichen Raum und ziehen in die Städte, weil sie dort bessere berufliche Perspektiven, eine entwickelte Infrastruktur und mehr kulturelle Angebote vorfinden.¹⁵ Heute leben 16,4 Prozent der deutschen Bevölkerung in einer Großstadt. Prognosen zufolge wird dieser Anteil bis 2030 auf 19 Prozent ansteigen.¹⁶ Die zunehmende Urbanisierung führt zu Bevölkerungsrückgang und einem Investitionsdefizit im ländlichen Raum, was mit dem Verlust von Arbeitsplätzen, dem Verfall dörflicher Infrastrukturen und wiederum neuerlicher Abwanderung einhergeht. Ein Teufelskreis, der zu Überalterung, Heimatverlust und dem ökonomischen Schrumpfen ganzer Regionen sowohl in Ost- als auch Westdeutschland führt. Die wachsende Kluft der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land gefährdet den sozialen Zusammenhalt.¹⁷

Mangelnde Wertschätzung von Arbeit jenseits der klassischen Lohnarbeit

Der gegenwärtig vorherrschende und selten hinterfragte Arbeitsbegriff versteht Arbeit wesentlich als Erwerbs- bzw. Lohnarbeit. Sie hat in einer modernen Arbeitsgesellschaft wie Deutschland eine zentrale Vermittlungsfunktion bezüglich Lebenschancen und sozialer Sicherheit. Andere, für den Erhalt der Gesellschaft unverzichtbare Arbeitsformen, die allerdings nicht am Markt stattfinden und die nicht bezahlt werden, erfahren oftmals weder eine ideelle noch eine finanzielle Anerkennung – mit Risiken insbesondere für Frauen.¹⁸ Denn überwiegend Frauen schultern unbezahlte, aber wertvolle Fürsorge- und Familienarbeit, Kultur- und Bürgerarbeit sowie das Ehrenamt. 2013 wurden in Deutschland rund 35 Prozent mehr Arbeitsstunden in unbezahlter Arbeit geleistet als in bezahlter Arbeit.¹⁹

Unübersichtliches und ineffektives Steuer- und Transfersystem

Der deutsche Sozialstaat ist in den letzten Jahrzehnten stetig gewachsen, seine Ausgaben belaufen sich inzwischen auf knapp 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).²⁰ 2021 werden die sozialstaatlichen Ausgaben bereits rund 1,1 Billionen Euro betragen, was monatlich mehr als 1.000 Euro pro Bürger entspricht.²¹ Das derzeitige Steuer- und Transfersystem ist hochkomplex, intransparent und ineffizient. Von einem regelrechten Dschungel hunderter Einzelleistungen ist die Rede. Aufgrund von Fehlsteuerungen und bürokratischen Hürden erhalten nicht alle Anspruchsberechtigten Leistungen, wodurch Gerechtigkeitslücken entstehen und Vertrauen in den Sozialstaat verloren geht. 46 Prozent der Deutschen sind der Meinung, dass es in Deutschland alles in allem eher ungerecht zugeht.²²

Stigmatisierender Sozialstaat

Wer heute Leistungen der Grundsicherung beantragt, muss sich einer umfassenden Bedürftigkeitsprüfung unterziehen und Auskunft über seine finanziellen und familiären Verhältnisse geben. Dies wird von den Betroffenen oft als erniedrigend empfunden. Insbesondere ältere Leistungsempfänger empfinden den regelmäßigen Gang zum Amt als Abwertung ihrer Person und Lebenssituation. Zudem wirkt das Hartz IV-Stigma sozial ausgrenzend. Nicht selten führt das Schamgefühl schließlich in die Passivität, sodass jegliche Zusammenarbeit mit dem Jobcenter verweigert wird, was wiederum Sanktionen, also eine Kürzung der Regelleistung nach sich zieht. Kurzum: Die Angst vor Überwachung und Repressalien gefährden auf Dauer Gesundheit und Mitwirkung der Hilfebedürftigen, was dem Schutz vor Armut und gesellschaftlicher Teilhabe entgegenwirkt.

Kompliziertes und intransparentes Steuersystem

Das Steuersystem in Deutschland ist kompliziert und begünstigt vor allem diejenigen, die Kenntnis von der Vielzahl der Umgehungs- und Absetzungsmöglichkeiten im Steuerrecht haben. Viele Bürger verstehen ihre eigene Steuererklärung nicht mehr und Unternehmen leiden zunehmend unter dem hohen zeitlichen Aufwand, der anfällt, um sämtlichen Anforderungen des Fiskus zu genügen.²³ Als problematisch gilt zudem, dass mit der wachsenden Vielschichtigkeit der Lebens- und Arbeitsverhältnisse auch das Steuerrecht immer komplexer geworden ist und dem Prinzip der leistungsbezogenen Besteuerung nicht mehr gerecht wird. Die Forderung nach Vereinfachung, mehr Transparenz und Steuergerechtigkeit wird immer wieder laut. Apropos Gerechtigkeit: Durch Steuervermeidung und Steuerhinterziehung entsteht dem deutschen Staat jährlich ein Steuerschaden von bis zu 160 Milliarden Euro.²⁴

| Staatsbürgergeld als neues Sozialstaatsmodell

Die vorangestellte Bestandsaufnahme zeigt, dass unser Sozialstaat mit vielen Problemlagen konfrontiert ist. Diese Problemlagen sind nicht nur das Ergebnis veränderter gesellschaftlicher und ökonomischer Rahmenbedingungen, sondern auch die Folge falscher sozialpolitischer Weichenstellungen mit großer symbolischer Wirkung aber geringer Nachhaltigkeit. Das Staatsbürgergeldmodell folgt der Logik der kurzfristigen Effekthascherei nicht, sondern erhebt den Anspruch, ein neues **Steuer- und Transfersystem aus einem Guss** für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu sein.

Grundgedanke des Staatsbürgergeldes

Das Staatsbürgergeld ist ein konkretes Modell eines **bedingten Grundeinkommens**, das finanztechnisch als **negative Einkommensteuer** ausgestaltet ist. Es ist dahingehend an Bedingungen geknüpft, als dass grundsätzlich nur deutsche Staatsbürger einen Anspruch darauf haben, wenn sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben und nicht wegen steuer-, arbeits-, sozialversicherungsrechtlicher Delikte verurteilt worden sind. Beim Staatsbürgergeld handelt es sich um eine modifizierte Form des **Solidarischen Bürgergelds**, das vom früheren thüringischen Ministerpräsidenten **Dieter Althaus** 2006 erstmals öffentlich vorgestellt und seitdem kontinuierlich weiterentwickelt wurde.²⁵

Komponenten

Das Staatsbürgergeldmodell umfasst zwei Komponenten. Eine **Steuerreform** mit einer zweistufigen Steuer auf alle Einkünfte sowie die **Einführung des Staatsbürgergeldes** in Höhe von 500 Euro im Monat für jeden deutschen Staatsbürger von der **Geburt** bis zum **Tod**. Das Staatsbürgergeld deckt gerade das **soziokulturelle Existenzminimum** (heute Hartz IV bzw. Sozialhilfe) ab. Das soziokulturelle Existenzminimum garantiert jedem Menschen diejenigen materiellen Voraussetzungen, die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unerlässlich sind. Das Staatsbürgergeld wird aufgrund seiner rein existenzsichernden Ausgestaltung als **partielles Grundeinkommen** bezeichnet.

| Zweistufige Einkommensteuer | Staatsbürgergeld |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Einheitlicher Steuersatz in Höhe von 25% auf alle Einkünfte bis 250.000 Euro/Jahr (bzw. 20.833 Euro/Monat) und 50% Steuersatz auf alle Einkünfte über 250.000 Euro/Jahr. | 500 Euro/Monat für jeden deutschen Staatsbürger von der Geburt bis zum Tod. Das entspricht bei einem Steuersatz von 25% einem Grundfreibetrag von 2.000 Euro/Monat bzw. 24.000 Euro/Jahr. |

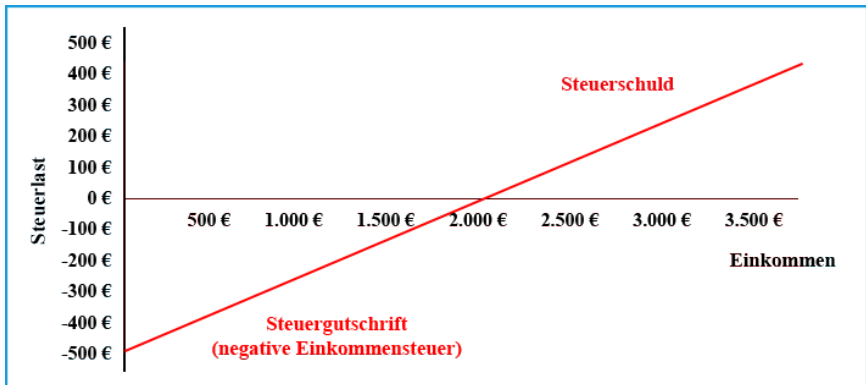
Einkommensteuer und **Staatsbürgergeld** sind zwei Seiten einer Medaille. Die Verpflichtungen aus der Einkommensteuer werden mit dem Staatsbürgergeld verrechnet. Wer mit seiner Einkommensteuer über einer bestimmten Grenze liegt, bekommt kein Staatsbürgergeld ausgezahlt. Wer unterhalb dieser Grenze liegt bzw. kein zu versteuerndes Einkommen hat, erhält einen staatlichen Transfer in Form einer **negativen Einkommensteuer** (formal eine Steuergutschrift).

Das Diagramm auf der folgenden Seite zeigt: Liegen die monatlichen Einkünfte **unter** 2.000 Euro wird ein Staatsbürgergeld ausgezahlt; liegen die monatlichen Einkünfte **über** 2.000 Euro muss Einkommensteuer abgeführt werden.



| Staatsbürgergeld als neues Sozialstaatsmodell

Egal wie hoch das Einkommen ist, die **steuerliche Entlastungswirkung** liegt für jeden Staatsbürgergeldempfänger **immer** bei 500 Euro pro Monat.



Rechenbeispiele

Nachfolgend wird anhand einiger konkreter Einkommenssituationen verdeutlicht, welche Wirkung das Staatsbürgergeld entfalten würde. Zur Wahrung der **Übersichtlichkeit** werden bei den Beispielen **keine** Sozialversicherungsabgaben, Mehrbedarfe (z.B. Kosten der Unterkunft), Solidaritätsbeitrag und Kirchensteuer berücksichtigt. Die Vergleichsrechnungen wurden bei den Beispielen A-E mit Steuerklasse I und bei F mit Steuerklasse IV durchgeführt.

| | | |
|--|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------|
| | Monatliche Einkünfte: 0 € Einkommensteuer: 0 € (25% auf 0 €) Staatsbürgergeld: 500 € Steuerdifferenz: +500 € (Steuervorschuss) Nettoeinkommen: 500 € (0 € + 500 €) | Nettoeinkommen bisher: 424 € Hartz IV nach Beantragung. |
| | Monatliche Einkünfte: 400 € Einkommensteuer: 100 € (25% auf 400 €) Staatsbürgergeld: 500 € Steuerdifferenz: +400 € (Steuervorschuss) Nettoeinkommen: 800 € (400 € + 400 €) | Nettoeinkommen bisher: 584 € nach Hartz IV- Aufstockung. |
| | Monatliche Einkünfte: 2.000 € Einkommensteuer: 500 € (25% auf 2.000 €) Staatsbürgergeld: 500 € Steuerdifferenz: +0 € Nettoeinkommen: 2.000 € (2.000 € + 0 €) | Nettoeinkommen bisher: 1.815 € |
| | Monatliche Einkünfte: 4.000 € Einkommensteuer: 1.000 € (25% auf 4.000 €) Staatsbürgergeld: 500 € Steuerdifferenz: -500 € (Steuersatz 12,5%) Nettoeinkommen: 3.500 € (4.000 € - 500 €) | Nettoeinkommen bisher: 3.303 € |



Monatliche Einkünfte: 100.000 €

Nettoeinkommen bisher:

Einkommensteuer: 44.791 € (25% auf 20.833 €, 50% auf 79.167 €)

56.796 €

Staatsbürgergeld: 500 €

Steuerdifferenz: -44.291 € (Steuersatz 44,5%)

Nettoeinkommen: 55.709 € (100.000€ - 44.291 €)

Mutter

Einkünfte: 1.200 €

Steuer: 300 €

SBG: 500 €

Differenz: +200 €

Netto: 1.400 €

Vater

Einkünfte: 2.000 €

Steuer: 500 €

SBG: 500 €

Differenz: 0 €

Netto: 2.000 €



Kind 1

SBG: 500 €

Netto: 500 €

Kind 2

SBG: 500 €

Netto: 500 €

Nettofamilieneinkommen: 4.400 €

Nettofamilieneinkommen bisher: 3.401 € (1.178 € + 1.815 € + 204 € + 204 €)

Die Beispiele zeigen, dass es gerade bei **geringen** und **mittleren Einkommen** zu einer starken **Entlastungswirkung** kommt. Insbesondere Familien profitieren vom Staatsbürgergeld. Weitere Beispiele sind unter www.staatsbuergergeld.de zu finden.

Das Staatsbürgergeld bündelt viele der heutigen steuerfinanzierten Sozialtransfers und trägt so zu einer **massiven Entbürokratisierung** bei. Entfallen werden beispielsweise die Sozialleistungen Hartz IV, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Sozialgeld, Sozialhilfe, Finanzierungshilfen für Studenten (BAföG), Berufsausbildungsbeihilfe, Elterngeld, Wohngeld, Kinderzuschlag etc. Hieraus resultieren **Einsparungen in Milliardenhöhe** durch Bürokratieabbau.

Finanzierbarkeit

Zieht man die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung heran, deren Daten als Grundlage für Gutachten, Wachstumsprognosen, Steuerschätzungen und Rentenanpassungen dienen, würde die Einführung des Staatsbürgergeldes jährlich zu einem Überschuss von rund 11,7 Mrd. Euro führen. Eine detaillierte Berechnung folgt im nächsten Abschnitt.

Besonderheiten

Mehrbedarfe für Behinderungen, Pflegebedürftigkeit, Kosten der Unterkunft etc. können wie bisher auch nach behördlicher Bedürftigkeitsprüfung beantragt werden. Das Staatsbürgergeld ist außerdem mit den bekannten Sozialversicherungen kombinierbar.

**Renten-
versicherung**

**Arbeitslosen-
versicherung**

**Kranken-
versicherung**

**Pflege-
versicherung**

Mehrbedarfe nach Bedürftigkeitsprüfung

Staatsbürgergeld

Beim Staatsbürgergeld handelt sich um eine geringfügig modifizierte Form des **Solidarischen Bürgergelds**, das vom früheren thüringischen Ministerpräsidenten **Dieter Althaus** 2006 erstmals öffentlich vorgestellt und seitdem kontinuierlich weiterentwickelt wurde (Althaus-Modell). Der zentrale Unterschied zum Solidarischen Bürgergeld besteht darin, dass das Staatsbürgergeld grundsätzlich nur deutschen Staatsbürgern gewährt wird. Ausländer (auch EU-Bürger) mit Daueraufenthaltsrecht in Deutschland haben keinen Anspruch auf das Staatsbürgergeld. Andernfalls wäre mit einer massiven Einwanderung in unser Sozialsystem zu rechnen. Sozialleistungen an diese Personengruppe erfolgen – wie bisher auch – nach behördlicher Bedürftigkeitsprüfung. Denkbar ist, dass integrierte Ausländer mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht einen Staatsbürgergeldanspruch erwerben können, wenn sie im Inland zehn Jahre lang steuerpflichtige Einkünfte erzielt haben und damit ihren Lebensunterhalt ohne staatliche Hilfe oder Hilfe Dritter bestreiten konnten. Dies wäre ein starker Anreiz, sich in unsere Gesellschaft zu integrieren. Der nachstehende Nachweis der Finanzierbarkeit des Staatsbürgergeldes orientiert sich an den Berechnungen zum Solidarischen Bürgergeld.

Die Kosten

Der Einfachheit halber wird davon ausgegangen, dass das Staatsbürgergeld an die gesamte Bevölkerung ausbezahlt wird. Mit dieser Vereinfachung lassen sich die Bruttokosten gut berechnen. Man multipliziert die Brutto-Staatsbürgergeld-Ausgaben pro Einwohner und Jahr (500,00 € x 12) mit der Einwohnerzahl:

$$82,2 \text{ Mio. Einwohner} \times 6.000,00 \text{ € p. a.} = \mathbf{496,8 \text{ Mrd. €}}$$

Die Einnahmen

Auch die Einnahmen lassen sich gut darstellen: Das Volkseinkommen in der Bundesrepublik Deutschland betrug im Jahr 2016 insgesamt 2,34 Billionen €. Der größte Teil des Volkseinkommens unterliegt einer so genannten Flat-Tax, einer 25-prozentigen einheitlichen Einkommensteuer. Erst bei Jahreseinkünften von über 250.000 € fällt für die Einkünfte über 250.000 € eine Einkommensteuer von 50 Prozent an. Diese duale Flat-Tax führt zu Bruttoeinnahmen bei der Einkommensteuer von 730 Mrd. €.

$$\begin{aligned} &438,4 \text{ Mrd. € (25 \% Einkommensteuer auf Einkünfte unter 250.000,00 €/p.a.)} \\ &+ 292,3 \text{ Mrd. € (50 \% Einkommensteuer auf Einkünfte über 250.000,00 €/p.a.)} \\ &\mathbf{730,7 \text{ Mrd. € Brutto-Einkommensteuer im Staatsbürgergeld-Konzept}} \end{aligned}$$

Nachweis der Finanzierbarkeit

Davon muss man gut 290 Mrd. €, die der Staat heute durch Lohnsteuer, veranlagte und nicht veranlagte Einkommensteuer, Abgeltungssteuer, Körperschaftssteuer, sowie erhöhte und normale Gewerbesteuerumlage einnimmt, abziehen.



| |
|-----------------------------------------------------------|
| 184,3 Mrd. € Lohnsteuer |
| + 52,9 Mrd. € veranlagte Einkommensteuer |
| + 19,4 Mrd. € nicht veranlagte Einkommensteuer |
| + 5,7 Mrd. € Abgeltungssteuer |
| + 23,5 Mrd. € Körperschaftssteuer |
| + 4,0 Mrd. € Gewerbesteuerumlage |
| + 3,4 Mrd. € erhöhte Gewerbesteuerumlage |
| 293,2 Mrd. € wegfallende bisherige Steuereinnahmen |

Wenn alle Bürger das Staatsbürgergeld erhalten, werden Leistungen, die der Staat derzeit finanziert, überflüssig. Das heißt, es fallen alle Ausgaben weg, die bisher für das Arbeitslosengeld II, das Sozialgeld, das Kindergeld und den Kinderfreibetrag, das Elterngeld, die Grundsicherung im Alter und für die finanzielle Unterstützung Studierender (BAföG) aufgebracht werden müssen – insgesamt über 70 Mrd. €. Unter dem Strich, müssen also über 220 Mrd. € Steuereinnahmen, die durch den Wegfall bisheriger Steuern fehlen, ausgeglichen werden.

| |
|---------------------------------------------------|
| 293,2 Mrd. € wegfallende Steuereinnahmen |
| - <u>71,0 Mrd. € wegfallende Sozialleistungen</u> |
| 222,2 Mrd. € |

Wenn man die bisherigen Steuereinnahmen, die im Staatsbürgergeld-Konzept wegfallen – wie die alte Lohn- und Einkommensteuer etc. – von den Brutto-Einnahmen der Einkommensteuer in Höhe von 730,7 Mrd. € abzieht, kommt man auf den Betrag, der zur Finanzierung des Staatsbürgergeldes übrig ist. Das sind über 500 Mrd. €.

| |
|-------------------------------------|
| 730,7 Mrd. € Brutto-Einkommensteuer |
| - <u>222,2 Mrd. €</u> |
| 508,5 Mrd. € |

Zieht man die Brutto-Ausgaben des Staatsbürgergeldes von den Einnahmen ab, die die neue Einkommensteuer – nach Abzug der wegfallenden Steuern und Gegenrechnung der nicht mehr notwendigen Ausgaben – an Mehreinnahmen einbringt, kommt man auf einen leichten Überschuss in Höhe von über 10 Mrd. €.

| |
|-----------------------|
| 508,5 Mrd. € |
| - <u>496,8 Mrd. €</u> |
| 11,7 Mrd. € |

Daraus erschließt sich: **Das Staatsbürgergeld ist finanzierbar.**

Mehr Sicherheit und Freiheit trotz Automatisierung und Digitalisierung

Das Staatsbürgergeld vereinfacht in jeder Lebensphase eine Neuorientierung – sei es aufgrund persönlicher Interessen oder veränderter Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt. Es mindert die Folgen eines Erwerbsausfalls unbürokratisch und effektiv. Berufliches Scheitern oder ein Jobverlust infolge von Digitalisierung und Automatisierung gefährden somit nicht die Existenz. Das Staatsbürgergeld wird vielen Menschen ein stärkeres Sicherheitsgefühl geben. Nur derjenige, dessen Existenz materiell und sozial abgesichert ist, kann frei und selbstbestimmt handeln.

Bessere Anpassungsfähigkeit in Zeiten des technologischen Wandels

Das Staatsbürgergeld ermöglicht es Arbeitnehmern, jederzeit die Arbeitszeit für eine Fort- und Weiterbildung zu reduzieren oder vorübergehend aus der Erwerbsarbeit auszusteigen. Es schafft vor allem für Geringverdiener Anreize und Chancen, sich über Qualifizierungsmaßnahmen an die Veränderungen einer zunehmend digitalen Arbeitswelt anzupassen. Anreize zur lebenslangen Erneuerung und Erweiterung des Erlernten sind nicht nur aus individueller, sondern auch aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive positiv zu bewerten – gerade in Zeiten einer raschen Entwertung alten Wissens und Könnens.

Nachhaltige Finanzierung des Sozialstaats

Die Digitalisierung führt zu einem Anstieg von Arbeitsproduktivität und Wertschöpfung. Weniger Menschen schaffen mithilfe neuer Technologien mehr Werte. Nur den Besitzern dieser Technologien den Mehrwert zufließen zu lassen, führt zu einer sich weiter öffnenden Schere zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen. Beim Staatsbürgergeldmodell wird das gesamte Einkommen gleichermaßen an der Quelle der Entstehung besteuert und zwar vom ersten bis zum letzten Euro. Beamte, Selbständige sowie Kapitalerträge, Zinsen, Dividenden, Mieteinkommen etc. werden genauso wie die Löhne der Beschäftigten oder die mit Robotern und der Wertschöpfung im Internet erzielten Unternehmensgewinne in die Solidarpflicht eingebunden. So lässt sich der Sozialstaat nachhaltig finanzieren.

Existenzsicherheit im Alter

Das Staatsbürgergeld wird über die gesamte Lebensspanne hinweg an alle deutschen Staatsbürger ausgezahlt. Somit ist ein existenzsicherndes Mindesteinkommen auch im Alter garantiert. Unabhängig davon wie hoch die gesetzliche Altersrente individuell ausfällt, das armutsfeste Staatsbürgergeld steht jedem Anspruchsberechtigten ohne Bedürftigkeitsprüfung zu. Mehrbedarfe wegen Krankheit und Pflege können zusätzlich beantragt werden. Einkommensarmut und der Verzicht auf Sozialleistungen aus Scham, Angst, Unkenntnis oder Überforderung – wie es oft bei älteren Menschen zu beobachten ist – gehören beim Staatsbürgergeldmodell der Vergangenheit an.

Spürbare Entlastungswirkung für Gering- und Durchschnittsverdiener

Das Staatsbürgergeld hat für jeden Empfänger eine steuerliche Entlastungswirkung in Höhe von monatlich 500 Euro. Erst ab einem Einkommen von 2.000 Euro im Monat müssen tatsächlich Steuern an den Staat abgeführt werden. Besonders stark davon profitieren Beschäftigte im Niedriglohnssektor. Mehr unter: www.staatsbuergergeld.de

Hartz IV wird abgeschafft

Das Staatsbürgergeld ersetzt das Arbeitslosengeld II (Hartz IV), da das soziokulturelle Existenzminimum nun über die negative Einkommensteuer abgesichert wird. Durch die Abschaffung von Hartz IV wird auch die gesellschaftliche Herabwürdigung und Ausgrenzung von Erwerbslosen überwunden.



Wertschätzung für alle Formen von Arbeit

Das Staatsbürgergeld als garantiertes Existenzminimum ermöglicht das Nebeneinander und Miteinander verschiedener Arbeitsformen über unterschiedliche Lebensphasen hinweg. Es bietet finanzielle Anerkennung und damit Wertschätzung für gesellschaftserhaltende Arbeitsformen jenseits klassischer Erwerbsarbeit. All jene Formen der Sorgearbeit und des Ehrenamtes, ohne die eine Gesellschaft nicht lebensfähig ist und die im heutigen Sozialstaat un- bzw. unterbezahlt sind, werden mit dem Staatsbürgergeld auf eine sichere Einkommensbasis gestellt.

Garantiert höheres Familieneinkommen

Beim Staatsbürgergeld gewinnen vor allem die Familien. Erwachsene und Kinder erhalten das Staatsbürgergeld in gleicher Höhe ausgezahlt. Somit steigt das Haushaltseinkommen pro Kind von derzeit 204 Euro auf 500 Euro, sodass eine vierköpfige Familie über ein monatliches Netto-Mindesteinkommen von 2000 Euro verfügt. Familienarbeit wird honoriert, d. h. Eltern können sich mehr Zeit für ihre Kinder nehmen – ohne um die eigene Existenz fürchten zu müssen. Die familien- und bevölkerungspolitische Wirkung des Staatsbürgergeldes ist positiv.

Eine Chance für ländliche Räume und strukturschwache Regionen

Das Staatsbürgergeld kann einen Beitrag zur Stabilisierung ländlicher Räume leisten, indem es den Teufelskreis aus zurückgehenden Investitionen, Unternehmensverlagerung, Arbeitsplatzverlust und Abwanderung durchbricht. Die bedrohte dörfliche Kultur und Lebensweise ließe sich wiederbeleben, wenn jeder das Staatsbürgergeld dorthin mitbringen würde, wo er leben und mit Gleichgesinnten eine Existenz aufbauen will. Das Staatsbürgergeld erhöht mittels Einkommenssicherung die Kaufkraft in ländlichen Räumen und sorgt somit für wirtschaftliche Perspektiven.

Massive Entbürokratisierung beim Sozialleistungssystem

Das Staatsbürgergeld bündelt viele der heutigen steuerfinanzierten Sozialtransfers und trägt so zu einer massiven Entbürokratisierung bei. Entfallen werden beispielsweise die Sozialleistungen Hartz IV, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Sozialgeld, Sozialhilfe, Finanzierungshilfen für Studenten (BAföG), Berufsausbildungsbeihilfe, Elterngeld, Kindergeld, Kinderzuschlag etc. Hieraus resultieren Einsparungen in Milliardenhöhe durch Bürokratieabbau.

Arbeit und Leistung lohnen sich wieder

Das heutige Sozialsystem nimmt durch seine hohen Abzüge von bis zu 90 Prozent beim Hinzuverdienst von Hartz IV-Empfängern den Anreiz für den Übergang von Erwerbslosigkeit in Arbeit. Beim Staatsbürgergeld hingegen gilt nur der einheitliche Steuersatz von 25 Prozent. Wer arbeitet, verbessert seine Einkommenssituation ab dem ersten Euro und unabhängig von der Einkommenshöhe. Vor diesem Hintergrund ist auch ein Rückgang der Schwarzarbeit zu erwarten. Das Staatsbürgergeld folgt dem Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit: Arbeitende sind deutlich bessergestellt als Erwerbslose.

Einfaches und transparentes Steuersystem

Das Staatsbürgergeldmodell ist der langerwartete Befreiungsschlag für unser kompliziertes und intransparentes Steuersystem. Es vereint Steuervereinfachung und Steuertransparenz durch die Einführung einer zweistufigen Einkommensteuer auf alle Einkommen. Dabei greift die Entlastungswirkung des Freibetrages in Höhe des Existenzminimums für alle Steuerpflichtigen gleichermaßen. Zudem wird das Leistungsprinzip insbesondere im unteren Einkommensbereich gestärkt und Steuerschlupflöcher wirksam geschlossen. Kurzum: Das Staatsbürgergeld ist ein Steuer- und Transfersystem aus einem Guss.

Wer bekommt das Staatsbürgergeld?

Jeder deutsche Staatsbürger mit gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland hat von Geburt an Anspruch auf das Staatsbürgergeld. Für Kinder wird es vom Finanzamt an deren Eltern überwiesen und ersetzt das Kindergeld sowie den Kinderzuschlag. Ausländer (auch EU-Bürger) mit Daueraufenthaltsrecht in Deutschland haben keinen Anspruch auf das Staatsbürgergeld. Andernfalls wäre mit einer massiven Einwanderung in unser Sozialsystem zu rechnen. Sozialleistungen an diese Personengruppe erfolgen – wie bisher auch – nach behördlicher Bedürftigkeitsprüfung. Denkbar ist, dass integrierte Ausländer mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht einen Staatsbürgergeldanspruch erwerben können, wenn sie im Inland zehn Jahre lang steuerpflichtige Einkünfte erzielt haben und damit ihren Lebensunterhalt ohne staatliche Hilfe oder Hilfe Dritter bestreiten konnten. Dies wäre ein starker Anreiz, sich in unsere Gesellschaft zu integrieren. Möglich wäre auch, dass Anspruchsberechtigte, die wegen steuer-, arbeits-, sozialversicherungsrechtlicher Delikte verurteilt worden sind, den Anspruch auf das Staatsbürgergeld verlieren.

Werden die Menschen nach Einführung des Staatsbürgergeldes aufhören zu arbeiten?

Mit dem Staatsbürgergeld kann man keine großen Sprünge machen. Es deckt gerade das soziokulturelle Existenzminimum ab. Zahlreiche Umfragen belegen, dass bei einem Grundeinkommen in dieser Höhe kaum jemand aufhören würde zu arbeiten. Im Gegenteil, durch hohe Steuer- und Abgabenquoten sowie Abzüge von bis zu 90 Prozent bei Hinzuverdiensten von Hartz IV-Empfängern wird individuelle Leistungsbereitschaft regelmäßig im Keim erstickt. Ein Hartz IV-Empfänger, der 900 Euro hinzuverdient, darf davon am Ende lediglich 260 Euro behalten. Beim Staatsbürgergeld verbleiben ihm hingegen 675 Euro (900 Euro abzüglich 25 Prozent Einkommensteuer). Arbeit lohnt sich also wieder. Dennoch gibt es Unsicherheiten, wie sich das Staatsbürgergeld auf die Motivation und generell auf das Verhalten der Menschen auswirkt. Ratsam wäre daher, solche Modelle zunächst in Form von überschaubaren Pilotprojekten zu erproben.

Was ist mit den Staatsbürgergeldbeziehern, die einen höheren Bedarf haben?

Durch das Staatsbürgergeld entfallen viele der heute gewährten Sozialleistungen, weil sie zukünftig in einer Pauschale zusammengefasst werden. Das betrifft u.a. Hartz IV, Sozialhilfe, Sozialgeld, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Ausbildungsförderung, Kindergeld, Kinderzuschlag, Erziehungsgeld, Elterngeld und viele weitere Leistungen der sozialen Sicherung. Sollte sich trotz Staatsbürgergeld im Einzelfall ein Mehrbedarf ergeben, kann dieser auch zukünftig nach individueller Bedürftigkeitsprüfung durch die zuständigen Sozialbehörden gewährt werden. Dies umfasst beispielsweise Eingliederungshilfen für Behinderte, Hilfen zur Pflege und Arbeitsunfähigkeit, Kosten der Unterkunft und ähnliche Sozialhilfeleistungen.

Was passiert mit der Höhe des Staatsbürgergeldes, wenn die Inflation ansteigt?

Das Staatsbürgergeld soll das soziokulturelle Existenzminimum absichern. Deshalb muss es regelmäßig an die Entwicklung der tatsächlichen Lebenshaltungskosten angepasst werden. Wie beim jetzigen Hartz IV-Regelsatz könnte die Höhe des Staatsbürgergeldes ebenfalls an die aktuelle Preisentwicklung angepasst werden.

Ist das Staatsbürgergeld mehrheitsfähig?

Umfragen, die sich konkret auf das Staatsbürgergeld beziehen, existieren nicht. Allerdings gibt es eine Reihe von aktuellen Meinungsumfragen zum Grundeinkommen. Danach steht eine knappe Mehrheit der Deutschen der Idee positiv gegenüber. Einer repräsentativen INSA-Umfrage aus dem Juni 2018 zufolge sind 51 Prozent der Befragten für die Einführung eines Grundeinkommens. Unter AfD-Wählern liegt dieser Wert sogar bei 53 Prozent.



Wird Jugendlichen das Interesse an Ausbildung oder Studium genommen?

Gegenfrage: Lernen Jugendliche und junge Erwachsene heute nur, weil sie dazu gezwungen werden? Nein, das Gegenteil ist der Fall. Trotz finanzieller Abhängigkeit von den Eltern, langer Fahrwege, geringer Ausbildungsvergütung, mühseliger BAföG-Bürokratie oder eines notwendigen Nebenjobs zur Finanzierung des Bildungsvorhabens, absolviert ein Großteil der jungen Generation eine Ausbildung oder ein Studium. Das Staatsbürgergeld ermöglicht finanziell unabhängiges Lernen und Studieren, es hält aber niemanden davon ab. Letzte Zweifel lassen sich aus dem Weg räumen, indem man das Staatsbürgergeld in überschaubaren Modellversuchen erprobt.

Ist das Staatsbürgergeld sozialistisch?

Ein Hauptmerkmal sozialistischer Gesellschaftsordnungen ist die Steuerung der Wirtschaft durch eine zentrale Planung. Der historische Befund zeigt: Staatssozialistische Systeme haben die politische und wirtschaftliche Macht in eine Hand gelegt – in die des Staates. Das Privateigentum an Produktionsmitteln wurde mehr oder weniger abgeschafft. Die Produktionsmittel selbst wurden verstaatlicht. Auch von der freien Entfaltung des Individuums ist man im Sozialismus weit entfernt. Beim Staatsbürgergeldmodell hingegen bleiben Eigentum und Marktwirtschaft unangetastet. Tatsächlich bedeutet das Staatsbürgergeld mehr Gleichheit, aber keinesfalls Gleichmacherei. Es geht um wirkliche Chancengleichheit durch eine existenzsichernde Absicherung. Für den Einzelnen bedeutet das mehr Freiheit und weniger Zwang. Das Staatsbürgergeld ist damit genau das Gegenteil von Sozialismus.

Führt das Staatsbürgergeld zu höheren Lohnkosten?

Wenn Menschen aus Existenzängsten heraus keine schlecht bezahlten oder gesundheitsschädigenden Jobs annehmen müssen, kann das zu höheren Lohnkosten führen. Aber was spricht dagegen? Wenn geringe Löhne dem Zwang geschuldet sind, für das nackte Überleben Tätigkeiten nachgehen zu müssen, die eigentlich niemand tun möchte, werden zwar die Arbeitserträge privatisiert, die Folgen aber werden sozialisiert. Chronische Krankheiten, Burn-outs und (dauerhafte) Arbeitsunfähigkeit verursachen für die Betroffenen – wie auch für die Volkswirtschaft insgesamt – immense Folgekosten. Das ist weder sozial noch ökonomisch wünschenswert.

Werden die Preise steigen, wenn alle Menschen ein garantiertes Einkommen erhalten?

Das Staatsbürgergeld garantiert insbesondere ärmeren Haushalten ein höheres verfügbares Einkommen. Kritiker befürchten dadurch höhere Konsumausgaben, die zu höheren Preisen führen. Dem kann entgegengehalten werden, dass sich das Staatsbürgergeld am soziokulturellen Existenzminimum orientiert. Das wird einkommensschwachen Haushalten bereits heute schon in Form von Hartz IV, Sozialhilfe oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung gewährt. Welche konkreten Auswirkungen das Staatsbürgergeld zumindest auf die lokale Preisbildung hat, lässt sich erst durch die Umsetzung entsprechender Modellversuche beantworten.

Ist das Staatsbürgergeld finanzierbar?

Die Finanzierung des Staatsbürgergeldes erfolgt über die Einkommensteuer, wobei alle Formen von Einkünften (z.B. Erwerbsarbeit, selbständige Arbeit, Mieten, Dividenden, Wertschöpfung durch Roboter und im Internet etc.) besteuert werden. Weiterhin entfallen viele der heutigen über 100 Sozialleistungen, weil sie im Staatsbürgergeld zusammengeführt werden. Dadurch wird Bürokratie abgebaut. Kurzum: Das Staatsbürgergeld ist finanzierbar.

Die bisherigen Abschnitte haben aufgezeigt, dass der deutsche Sozialstaat an seine Leistungsgrenzen gelangt ist. Zu stark haben sich die sozialen, gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen verändert. Ein ewiges „Weiter so!“, wie wir es von den etablierten Parteien kennen, hat nicht nur einen weiteren politischen Vertrauensverlust in die Leistungsfähigkeit unserer Demokratie, sondern auch zunehmende soziale Unsicherheiten in immer größeren Teilen der Gesellschaft zur Folge.

Das hier vorgestellte Staatsbürgergeldmodell mit der negativen Einkommensteuer und andere Formen des Grundeinkommens sind eine Antwort auf die veränderten sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Sie eröffnen enorme Chancen in einer Welt, die sich rasant wandelt und von den Bürgern mehr Anpassungsvermögen abverlangt als je zuvor. Neue Sozialstaatsmodelle bergen natürlich auch Risiken und Unsicherheiten. Dabei lässt sich die Frage, ob die Chancen die Risiken überwiegen, mit Gedankenmodellen und mathematischen Simulationen allein nicht abschließend beantworten. Ein verantwortungsvoller Ausweg aus diesem Dilemma ist die praktische Erprobung in Form von zeitlich, räumlich und personell begrenzten Pilotprojekten.

Vorangestellt oder begleitend sollte sich eine Enquetekommission des Deutschen Bundestages mit Grundeinkommensmodellen und der grundlegenden Reform des Steuer- und Sozialsystems befassen. Enquetekommissionen sind überfraktionelle Arbeitsgruppen, die umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe lösen sollen, in denen unterschiedliche rechtliche, wirtschaftliche, soziale oder ethische Aspekte abgewogen werden müssen.

Daraus ergeben sich folgende politische Forderungen:

- Die Weiterentwicklung des deutschen Steuer- und Sozialsystems muss auf die bundespolitische Tagesordnung gesetzt werden.
- Eine Enquetekommission des Deutschen Bundestages soll sich mit neuen sozialen Sicherungsmodellen, wie dem Staatsbürgergeld, der negativen Einkommensteuer und anderen Grundeinkommensmodellen befassen.
- Im zweiten und zwölften Buch des Sozialgesetzbuches soll eine gesetzliche Öffnungsklausel eingeführt werden, die Bund und Ländern die Möglichkeit zur Durchführung von Pilotprojekten eröffnet, mit denen neue soziale Sicherungsmodelle, wie das Staatsbürgergeld, negative Einkommensteuer oder ähnliche Grundeinkommensmodelle, in einem begrenzten Umfang wissenschaftlich erprobt und bewertet werden können.



- 1 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2018): IAB-Kurzbericht 4/2018, Substituierbarkeitspotenziale von Berufen; S. 7. (<https://bit.ly/2S9vIuk>)
- 2 INGDIBA (2015): Die Roboter kommen. Folgen der Automatisierung für den deutschen Arbeitsmarkt; S. 2 ff. (<https://bit.ly/2DLX6uv>)
- 3 World Economic Forum (2018): The Future of Jobs Report; S. VIII. (<https://bit.ly/2xeWN7e>)
- 4 Institut für Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen (2018): Arbeitsstunden pro Jahr je Erwerbstätigen 1960-2017. (<https://bit.ly/2IGOCfH>)
- 5 Bertelsmann Stiftung (2018): Deutscher Weiterbildungsatlas; S. 4, 10. (<https://bit.ly/2Rc1oiu>)
- 6 Bertelsmann Stiftung (2018): Wie hat sich die Einkommenssituation von Familien entwickelt? S. 16 f. (<https://bit.ly/2RdMqIM>)
- 7 Deutscher Bundestag (2018): Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 9. Juli 2018 eingegangenen Antworten der Regierung Drs.-Nr. 19/3384; S. 89. (<https://bit.ly/2zsQ0Yy>)
- 8 Institut für Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen (2018): Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2003 -2017. (<https://bit.ly/2Tlibex>)
- 9 Deutsche Rentenversicherung (2018): Rentenniveau. (<https://bit.ly/2AitEZv>)
- 10 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2013): IAB-Kurzbericht 5/2013, Simulationsrechnungen zum Ausmaß der Nicht-Inanspruchnahme von Leistungen der Grundsicherung; S. 8 ff. (<https://bit.ly/2BvU0cu>)
- 11 Butterwegge, Christoph: Aktivierender oder aktiver Sozialstaat? (<https://bit.ly/2DKppcJ>)
- 12 Hans Böckler Stiftung (2011): WSI-Mitteilungen 8/2011. Von der Regel zur Ausnahme – Strategien gegen die Prekarisierung der Arbeitsbedingungen; S. 430 ff. (<https://bit.ly/2QhSi6t>)
- 13 Hartz4.DE – Ratgeber rund um ALG 1 & 2 (2018): Hartz-4-Zuverdienst – was Sie zu den Freibeträgen wissen müssen. (<https://bit.ly/2zrX4F7>)
- 14 OECD (2018): Taxing Wages 2018, OECD Publishing, Paris; S. 11f. (<https://bit.ly/2FjoP2t>)
- 15 Institut für deutschen Wirtschaft (2013): Städteboom & Landflucht. (<https://bit.ly/2QIKsZC>)
- 16 Siems, Dorothea (2014): Junge Menschen ziehen massenhaft in die Metropolen, WELT.DE. (<https://bit.ly/2sOzhMT>)
- 17 Müller, Henrik (2018): Demokratie in der Demografie-Falle - Landluft macht unfrei, SPIEGEL ONLINE. (<https://bit.ly/2PQhBNL>)
- 18 Voßkuhler, Gabriele (2018): Die unsichtbare Arbeit in Deutschland ist eine Billion Euro wert, WELT.DE. (<https://bit.ly/2QdeQ8H>)
- 19 Statistisches Bundesamt (2016): Entwicklung der unbezahlten Arbeit privater Haushalte; S. 35, 39 f. (<https://bit.ly/2HIFn5A>)
- 20 Institut für Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen (2018): Sozialleistungsquote 1960 -2017. (<https://bit.ly/29XhbAr>)
- 21 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2018): Sozialbericht 2017; S. 196 f. (<https://bit.ly/2P5XCWc>)
- 22 Milatz, Marvin (2018): Wie steht es um die Gerechtigkeit in Deutschland?, NDR.DE (<https://bit.ly/2DKsxFv>)
- 23 Knop, Carsten (2018): Unsere Steuererklärung ist viel zu kompliziert, FAZ.NET. (<https://bit.ly/INGDK3V>)
- 24 Deutscher Bundestag (2018): Bedeutung und Ausmaß der Steuervermeidung anhand von Steuervermeidungsmodellen; S. 19. (<https://bit.ly/2SeD7IP>)
- 25 Thüringische Landeszeitung (2017): Die Idee vom solidarischen Bürgergeld lässt Dieter Althaus nicht los. (<https://bit.ly/2QIRm0Y>)

Impressum

1. Auflage | Februar 2020

Herausgeber:

René Springer, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Mail: info@staatsbuergergeld.de

Web: www.staatsbuergergeld.de



RENÉ SPRINGER
MITGLIED DES BUNDESTAGES